

Sitzung des Rates der Stadt Rhede am 18.12.2024

Haushaltsrede der SPD zum HH 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Gäste,
sehr geehrte Frau Korff vom BBV,

seit einigen Jahren halten uns die großen Krisen der Welt in Atem.

Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, die Energiekrise, Klimawandel, der wirtschaftliche Abschwung, die politischen Entwicklungen in den USA, der Aufstieg rechtsradikaler Parteien in fast ganz Europa, militärische Aufrüstung und Kriegsrhetorik, beherrschen die tägliche Nachrichtenlage, die uns große Sorgen bereitet. Gemessen daran leben wir in Deutschland, leben wir hier im beschaulichen Rhede auf eine Insel der Glückseligen und erscheinen die Probleme hier vor Ort eher klein und unbedeutend.

Wenn wir allerdings die Situation unserer Stadt isoliert betrachten, dann steht den gewaltigen und drängenden Aufgaben der kommenden Jahre eine – vorsichtig ausgedrückt - äußerst schwierige Finanzlage gegenüber. Der vorliegende Haushaltsplan weist für 2025 eine Unterdeckung von fast 6 Mio. Euro aus. Auch bei der mittelfristigen Finanzplanung geht der Kämmerer in den nächsten Jahren von hohen Unterdeckungen aus, so dass spätestens in 3 Jahren der Haushalt auch nicht mehr durch die noch vorhandene Ausgleichsrücklage fiktiv ausgleichbar ist. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Unterdeckungen mittels eines gesetzlich zulässigen, aber dennoch problematischen Tricks schön gerechnet wurden. Der erstmalige und sich in den nächsten Jahren fortsetzende Abzug des sogenannten globalen Minderaufwands in Höhe von jeweils rund 1,1 Mio. Euro stellt eine pauschale Kürzung der geplanten Haushaltsaufwendungen dar. Er wird auch dazu führen, dass wir künftig nicht mehr wie in der Vergangenheit auf deutlich bessere IST-Abschlüsse als die Planansätze hoffen können. Der Kämmerer bezeichnen den globalen Minderaufwand nicht ohne Grund als „schmutzige Haushaltsführung“ .

Auf die schwierige Finanzsituation hat unser Kämmerer Hermann-Josef Schmeing im Vorbericht zum Haushaltsplan noch deutlicher als in den Vorjahren hingewiesen. Wenn dort von düsteren Aussichten für Kommunal финанzen oder von einer Abwärtsspirale infolge der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen die Rede ist, wenn der Brandbrief der Bürgermeister aller Kommunen an den Ministerpräsidenten des Landes NRW statt eines finanziellen Entgegenkommens lediglich zu ein paar fragwürdigen Erleichterungen im Haushaltsrecht geführt hat, dann müssten eigentlich in der Politik die Alarmglocken schrillen. Aber damit nicht genug. Seit Jahren belastet der Anstieg der Kreis- und Jugendamtsumlage die Kommunen. Vor allem die diesbezüglichen Planansätze für die nächsten Jahre sind erschreckend. Das macht vor allem auch das gemeinsame Schreiben der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreis Borken an den Landrat Dr. Zwicker zum Entwurf des Kreishaushalts deutlich. Da wird u. a. auf eine schwierig bis dramatisch bezeichnende finanzielle Situation der Städte und Gemeinden hingewiesen. Gleichzeitig fordern die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vom Kreis Borken konkrete und wohl auch schmerzliche Konsolidierungsmaßnahmen. Aus unserer Sicht ein weiteres deutliches Alarmzeichen. Umso erstaunlicher ist es, dass sich CDU und FDP in den Haushaltsberatungen offensichtlich völlig unbeeindruckt von der alarmierenden Entwicklung der

finanziellen Situation unserer Stadt zeigen. Was bezweckt die Mehrheitsfraktion damit? Möchte die CDU die schwarz-grüne Landesregierung schonen, die sich trotz ihrer verfassungsrechtlichen Verantwortung weg duckt? Den Bürgern vor den anstehenden Wahlen lieber keinen reinen Wein einschenken? Oder den Karren gegen die Wand fahren und darauf hoffen, dass Bund und Land irgendwann schon einlenken und die notleidenden Kommunen sanieren? Was auch immer – wir sehen hier eine Verantwortungslosigkeit, die sich auch darin zeigt, dass man den SPD-Antrag mit dem Ziel einer Stellenreduzierung ohne eine plausible Begründung ablehnt. Ist ja auch nicht ganz so einfach, wenn man selber keine Ideen hat. Aber noch mehr ärgert uns in diesem Zusammenhang die widersprüchliche Reaktion des Bürgermeisters, der die beantragte Stellenstreichung in der Ausschusssitzung als „ein falsches Zeichen gegenüber der Belegschaft“ wertet. Warum, Herr Bernsmann, haben Sie uns dann einige Tage vorher in der schriftlichen Stellungnahme zum Antrag noch eine Organisationsuntersuchung vorgeschlagen? Und mal ehrlich. Bei aller Wertschätzung für die Mitarbeiter/innen hier im Hause. Ein „falsches Zeichen gegenüber der Belegschaft“ ist keine hinnehmbare Antwort auf die Sparbemühungen einer Ratsfraktion, die die von Ihnen im vorliegenden Haushaltsplan ausführlich und kaum an Deutlichkeit zu überbietende Darstellung der prekären finanziellen Haushaltssituation unserer Stadt ernst nimmt.

Die schwierige Haushaltslage wird uns auch in den kommenden Jahren wohl noch schwer zu schaffen machen. Trotzdem glauben wir, mit den in den letzten Jahren entwickelten Konzepten wie beispielsweise das Stadtentwicklungskonzept, das Mobilitätskonzept oder die noch zu beschließende neue Erhaltungs- und Gestaltungssatzung über Leitlinien zu verfügen, mit denen wir unsere Stadt im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gezielt weiter entwickeln können. Gerade die Innenstädte und so auch Rhede verändern sich durch den Rückgang des stationären Handels dramatisch. Der Onlinehandel ist nicht aufzuhalten und deshalb ist es wichtig, die Aufenthaltsqualität in der Rheder Innenstadt zu erhalten und auszubauen. Deshalb begrüßen wir es, den Autoverkehr zugunsten von Fußgängern und Radfahrern zurück zu drängen und wie viele andere Städte auch sukzessive Fahrradstraßen auszuweisen. Der Kreuzungsbereich Münsterstraße / Schlossstraße / Deichstraße ist für Fußgänger und Radfahrer gefährlich und erfordert aus unserer Sicht eine möglichst schnelle Lösung. Es sollte noch einmal geprüft werden, ob nicht ein Zebrastreifen in unmittelbarer Nähe des Kreuzungsbereichs die gefährliche Situation zumindest vorläufig entschärft. Dabei muss der zuständigen Kreisverkehrsbehörde nochmals verdeutlicht werden, dass der vorhandene Zebrastreifen am Burgplatz zu weit von der Schloss- und Deichstraße entfernt ist. Dass relativ kurz aufeinander folgende Fußgängerübergänge verkehrstechnisch kein Problem darstellen müssen, zeigt doch die Situation auf der Bahnhofstraße, wo sowohl in Höhe der Apotheke Gutersohn als auch in Höhe der Eisdiele kurz hintereinander Zebrastreifen angebracht sind und dieser Bereich ebenfalls von einem lebhaften Verkehrsaufkommen geprägt ist.

Das eigene Auto ist ein Auslaufmodell. - Dies legt jedenfalls eine aktuelle Studie der Unternehmensberatung Mc Kinsey nahe. Sie zeigt, dass Menschen unter 30 Jahren immer weniger nach Autos streben und dafür neben Bus und Bahn auf mehr Mikromobilität setzen, womit Fahrräder und E-Scooter gemeint sind. Und es ist gerade in unserer Region unübersehbar, dass inzwischen auch viele junge Menschen ein E-Bike fahren und dies nicht nur als Sport- oder Freizeitgerät, sondern als echtes Verkehrsmittel und Alternative zum Auto nutzen.

Gerade deshalb ist die Verbesserung der verkehrlichen Situation im Sinne einer Verkehrswende notwendig. Diesbezüglich sehen wir innerhalb der Politik in Rhede mittlerweile auch keine prinzipiellen oder unüberbrückbaren Differenzen. Umso ärgerlicher ist es allerdings, dass nach vielen Jahren der Diskussion und Planung der Bau des Radschnellwegs immer noch nicht in Angriff genommen werden konnte. Nachdem in der letzten Woche die zweite Machbarkeitsstudie veröffentlicht wurde, steht nun fest, dass die Reaktivierung der Bahn aus wirtschaftlichen Gründen nicht realisierbar ist. Endlich ist der Weg für den Bau des Radschnellwegs frei. Wäre nicht nach der ersten Machbarkeitsstudie ein solches Ergebnis zu erwarten gewesen? Wir denken schon und meinen, dass uns die Bahnbefürworter mit ihrer eigenwilligen Haltung nicht nur einen Bärenienst

erwiesen, sondern die Entwicklung unserer Stadt in einem ganz wesentlichen Teilbereich unnötig verzögert haben.

Während in den 50er, 60er und folgenden Jahren **ungehemmt** komfortable Straßen, Brücken und Parkplätze gebaut wurden, um dem Autoverkehr Vorschub zu leisten, haben wir es ausgerechnet beim Radschnellweg immer noch mit etlichen Kritikern zu tun, die das Projekt auf Biegen und Brechen kaputt reden wollen. Auch wenn wir es schon gefühlt 100 mal erwähnt haben. Bei dem geplanten Radschnellweg handelt es sich **eben nicht** um einen weiteren Radweg oder um ein neues Fahrrad-Pättchen für Rentner, sondern um eine Autobahn ähnliche Fahrradstraße, die dem Trend in der vorhin erwähnten Mc Kinsey-Studie passgenau entgegenkommt. Abgesehen von der rechtlichen Situation erschließt sich uns nicht, warum jetzt noch Artenschutzgutachten erneuert werden müssen, bevor das Projekt endlich umgesetzt werden kann. Lassen Sie mich an dieser Stelle einmal grundsätzlich festhalten: Der Klimawandel bedroht nicht nur die Menschen, sondern er stellt selber auch eine Bedrohung für die Artenvielfalt und Biodiversität dar. Das heißt, Maßnahmen gegen den Klimawandel, wie der Radschnellweg als Teil einer Verkehrswende, sind letztlich auch Maßnahmen, die unsere Biodiversität **schützen**.

Weitere große Projekte werden Politik und Verwaltung in den nächsten Jahren immer wieder beschäftigen. Dazu gehört auch der Bau der neuen Overberg- Grundschule. Angesichts der vielen negativen Erfahrungen, die wir mit der Sanierung der GESA sammeln mussten, hoffen wir mit dem beschlossenen Modell „Totalunternehmer“ deutlich besser zu fahren und im Interesse der Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte den Schulneubau innerhalb der vorgesehenen Zeitschiene verwirklichen zu können. Auch an den anderen Rheder Schulen sind hohe Investitionen notwendig. Dass wir uns wegen der defizitären Haushaltssituation nicht alles Wünschenswerte, wie z. B. die Überdachung der Fahrradständer an der Gesa, leisten können, ist das eine. Problematischer ist es für uns, dass wir den aufwendigen Ganztagsausbau an der Piusschule in Krechting aus Kostengründen nicht mit einer energetischen Sanierung verbinden können. Jedenfalls wird das voraussichtlich gleich der Rat aufgrund des übereinstimmenden Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses so entscheiden.

Die Planungen für den Neubau der Rheder Feuerwehr sind von der Politik in Gang gesetzt worden. Mit künftig zwei Standorten und nach neuesten Standards konzipierten Feuerwehrwachen sind ebenfalls große Investitionen verbunden, die aber zum Schutz der Rheder Bevölkerung auch so notwendig sind. Darüber hinaus ist eine moderne Wache mit guten Bedingungen für Feuerwehrfrauen und -männer **auch** für junge Menschen attraktiv, die sich dort ehrenamtlich engagieren möchten. Ein nicht unwesentlicher Aspekt, wie ich meine.

Last but not least möchte ich noch ein weiteres Projekt ansprechen, über das wir in diesem Jahr ebenfalls ausgiebig beraten haben und das uns auch im nächsten Jahr und dann wohl mit einer finalen Entscheidung noch intensiv beschäftigen wird. Ich spreche damit die geplante Fusion der Stadtwerke Rhede mit den Stadtwerken Bocholt an. Ohne an dieser Stelle auf die bereits verschiedentlich auch in der Öffentlichkeit dargestellten komplexen Zusammenhänge und Argumente eingehen zu können, möchte ich festhalten, dass sowohl ich als Mitglied des Aufsichtsrates, aber auch die SPD-Fraktion die bisherigen Verhandlungsschritte geschlossen mittragen und den Zusammenschluss mit den Bocholter Stadtwerken insbesondere wegen der rasanten Entwicklung des Energiemarktes als einen konsequenten und notwendigen Schritt ansehen. Neben vielen anderen Aspekten ist es gut für Rhede, dass wir trotz einer Fusion weiterhin allein über die Entwicklung unseres Hallen- und Freibades bestimmen können. Trotz vieler guter Sachargumente ist die Aufgabe der Selbständigkeit der Rheder Stadtwerke für viele wie auch für mich eine emotionale Hürde, über die man springen muss. Dabei und bei den zu treffenden schwierigen Entscheidungen ist für uns das Wissen um eine engagierte und kompetente Verhandlungsführung auf Rheder Seite in den Händen des Aufsichtsratsvorsitzenden Simon Böing eine große Hilfe.

Damit bin ich nun fast am Ende meiner diesjährigen Haushaltsrede.

Aufgrund der zu Beginn meiner Ausführungen aufgezeigten Sorgen über die Entwicklung der städtischen Finanzen stimmen wir dem vor der Verwaltung vorgelegten Entwurf eines Haushaltsplan 2025 nur mit großen Bauschmerzen zu und werden die Entwicklung der Finanzen mit besonderer Aufmerksamkeit beobachten.

Im Namen der SPD bedanke ich mich beim Verwaltungsvorstand für die Aufstellung und Erläuterungen des Haushaltsplans, insbesondere auch für eure Teilnahme an unserer Haushaltsklausur. Ebenso danken wir dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Rhede für die in diesem Jahr geleistete Arbeit. Bedanken möchte ich mich auch bei den anderen Fraktionen für die kollegiale und faire Zusammenarbeit. Wie wir wissen, ist eine solche Zusammenarbeit in der Politik längst nicht mehr selbstverständlich.

Ihnen allen hier im Saal wünsche ich schöne Weihnachtstage und alles Gute für das Jahr 2025.